

STADT KITZINGEN

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES AM 09.10.2012

Sitzungsdatum: Dienstag, den 09.10.2012
Beginn: 17:50 Uhr
Ende: 20:00 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Gertrud Schwab

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadtrat Klaus Heisel

Vertretung für Frau Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

(ab 19.04 Uhr, Ziffer 6,
davor Stadträtin Wachter)

Vertretung für Frau Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Stadtplaner Torsten Fischer

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter

(ab 19.04 Uhr, Ziffer 6)

Gäste: Stadtrat Marstaller
Stadträtin Glos
Stadtrat Popp
Stadtrat Steinruck
Ortssprecherin Schlötter
Ortssprecher Pfreizinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Oberbürgermeister Müller, den Tagesordnungspunkt 7 „Erweiterung des Firmengeländes der Fa. Leoni, Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 24“ auf TOP 1 vorzuziehen, nachdem Vertreter der Firma Leoni anwesend sind.

Stadträtin Wallrapp äußert ihren Unmut, dass es sich um eine Tischvorlage und nun der Punkt auch noch entsprechend vorgezogen werden sollte.

beschlossen dafür 11 dagegen 1

Es besteht Einverständnis, den Tagesordnungspunkt 7 auf TOP 1 vorzuziehen.

1. Erweiterung des Firmengeländes der Fa. LEONI Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 24 gem. § - Tischvorlage -

Stadtplaner Fischer geht ausführlich auf den Sachverhalt sowie die Gebietsabgrenzung des Bebauungsplans ein. Der Aufstellungsbeschluss sei die Voraussetzung für den Erwerb der Fläche der Harvey Barracks, die nicht Bestandteil des Bieterverfahrens sei. Der Gebietsumgriff wurde in Absprache mit Leoni in der Form gewählt, dass eine spätere Anbindung der Panzerstraße an die ST 2272 möglich sei.

Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion freut sich, dass sich ein Kitzinger Betrieb vergrößern möchte und bittet, die entsprechende Voraussetzung in Form des Aufstellungsbeschlusses zu fassen.

Im Folgenden haben die Stadträte verschiedene Fragen hinsichtlich der Panzerstraße und der möglichen Verbindung auf die ST 2272. Sie möchten wissen, ob die Straße dann überbaut werde und geben zu bedenken, dass dieser Aufstellungsbeschluss einer möglichen zukünftigen Nutzung des Geländes, so wie es die Bieter vorgeschlagen haben, entgegenstehen könnte. Darüber hinaus wird der durch die Straße bedingte Grundstücksverlauf kritisiert.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Art und Weise der Straße erst geklärt werden könne, wenn der Investor von Harvey Barracks bekannt sei. Darüber hinaus sei diese Straße nicht für die Erschließung von Leoni erforderlich, da Leoni über das bereits bestehende Gelände erschließe.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass durch diese Planung die Firma Leoni in die Lage versetzt werde, die Betriebserweiterung vorzunehmen. Die Straße sei dabei nicht Bestandteil des Bebauungsplans sowie der Planungen. In Gesprächen mit der Firma Leoni wurde dies so besprochen, auch mit Blick auf eine zukünftige Nutzung der Harvey Barracks durch einen Investor.

Auf die Frage, wer gegenwärtig Eigentümer der Straße sei, erklärt Stadtplaner Fischer, dass die BIMA Eigentümerin der Straße sei und gegenwärtig nicht zum Gebietsumgriff des Bieterverfahrens gehöre, wie Herr Blum, Planer der Firma Leoni, erklärt.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt verweist auf seine Stellungnahme als Referent und spricht sich für den Beschlussentwurf aus.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul freut sich, dass sich Leoni als weltweit agierendes Unternehmen in Kitzingen erweitern möchte und hofft, dass die Umsetzung in Zusammenarbeit mit der BIMA schnell vonstattengehe. Sie stimmt dem Beschlussentwurf zu.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof gibt seine grundsätzliche Zustimmung und bittet um Aufnahme im Protokoll, dass die Straße nicht Bestandteil des Bebauungsplanes sei und, dass die Stadt hinsichtlich des Verkaufs sämtliche Details mit der BIMA durchgesprochen habe.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Firma Leoni die Verhandlungen mit der BIMA selbst führe. Die Stadt habe die Firma Leoni lediglich im Vorfeld hinsichtlich des Erwerbs der Fläche von der BIMA unterstützt.

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt stellt hinsichtlich der Diskussion fest, dass aufgrund der Darstellung der Straße ein falscher Eindruck entstand.

Im Grund spricht sie sich für den Bebauungsplan aus.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm freut sich über diese Entwicklung und bittet, dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

beschlossen dafür 12 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Bebauungsplans Nr. 24 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB für das Areal östlich angrenzend auf den Flächen der ehemaligen Harvey Barracks im Regelverfahren mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 Abs. 1 BauGB sowie der Einleitung der weiteren Verfahrensschritte beauftragt.

**2. Schildkrötentierheim in Hoheim;
hier: Antrag der Familie Malguth auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens**

Bauamtsleiter Graumann geht auf den Sachverhalt ein.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den vorherigen Ortstermin bei der Familie Malguth und die übergebene Unterschriftenliste, wonach die Schildkrötenauffangstation unterstützt wird. Er stellt fest, dass die Familie gute Arbeit leiste und die Tiere fachgerechte aufnehme. Jedoch müsse das Planungsrecht beachtet werden, welches lediglich über die Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes geschaffen werden könne. Die Familie würde die Kosten des Verfahrens übernehmen.

Er weist abschließend darauf hin, dass diese Fläche als Vorratsfläche für die Friedhofsverwaltung dienen sollte und beim seinerzeitigen Kauf den Grundstückseigentümern gegenüber geäußert wurde, dass diese Fläche niemals in Bauland umgewandelt werden würde. Eine Aufstellung des Bebauungsplanes brächte erheblichen Unmut seitens der Bürger mit sich.

Auf die Frage von Stadträtin Wallrapp, ob die Stadt verpflichtet sei, aufgrund des Antrages ein Bebauungsplan einzuleiten, verneint dies Oberrechtsrätin Schmöger mit dem Hinweis auf das Planungsrecht einer Kommune.

Stellungnahme der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter ist der Auffassung, dass der positive Aspekt lediglich hinsichtlich der Schildkröten bestehe, jedoch dieses Engagement nicht auf das Baurecht übertragen werden dürfe. Aus diesem Grund werde die UsW-Fraktion den Antrag ablehnen.

Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass das Tierheim – entgegen der Feststellung der Familie Malguth – eine Auffangstation für den Landkreis Kitzingen in Schwarzach am Main betreibe.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab lobt das Engagement der Familie Malguth. Gleichwohl ist sie der Auffassung, dass eine Privilegierung der Landwirtschaft vorbehalten bleiben sollte, weshalb die CSU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. Endres-Paul erklärt, dass die SPD unterschiedlicher Auffassung sei und verweist ebenfalls auf das besondere Engagement der Familie Malguth für die Schildkröten. Der Stadtrat sollte zu seinen ursprünglichen Entscheidungen stehen, weshalb die SPD den Antrag mehrheitlich ablehnen werde.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp stellt dar, dass die FW-FBW ebenfalls dem Antrag nicht zustimmen könne. Die Flächen liegen im Außenbereich und sollten nach der Beschlusslage kein Bauland werden.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Verwaltungs- und Bauausschuss mehrmals das Vorhaben abgelehnt habe und deshalb der Stadtrat auch an dieser Entscheidung festhalten sollte. Darüber hinaus habe man den ursprünglichen Grundstückseigentümern die Zusage gegeben, kein Bauland zu schaffen. Der Antrag ist demnach abzulehnen.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stellt fest, dass die Familie sehr großes Engagement hinsichtlich der Schildkröten und der Auffangstation leiste. Ihrer Auffassung nach sollte man dieses Engagement würdigen und schlägt vor, mit der Familie Malguth nochmals insofern zu sprechen, dass beim Wegfall der Betriebswohnung ein positiver Bescheid ergehen könne.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm erklärt, dass unabhängig vom Engagement der Familie Malguth das Planungsrecht beachtet werden müsse. Aus diesem Grund könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Stadträtin Schmidt möchte wissen, ob man mit der Familie Mahlgut hinsichtlich ihres Vorschlags (Wegfall Betriebswohnung) nochmals sprechen werde.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass aufgrund fehlender Privilegierung auch bei Verzicht auf die Betriebswohnung das Bauleitplanverfahren durchgeführt werden müsse.

Nach kurzer Diskussion hinsichtlich des Vorschlages von Stadträtin Schmidt, stellt Oberbürgermeister Müller dar, dass man der Familie Mahlgut keine Hoffnung machen und in heutiger Sitzung eine Entscheidung treffen sollte.

Stadträtin Schmidt stellt den Antrag, den Punkt in der heutigen Sitzung nicht zur Abstimmung zu bringen und mit der Familie Malguth nochmals hinsichtlich der Abänderung ihres Antrages (Verzicht auf Wohnung) zu sprechen.

abgelehnt dafür 1 dagegen 11

Der Antrag von Stadträtin Schmidt ist abgelehnt.

abgelehnt dafür 0 dagegen 12

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt, dem Antrag der Familie Malguth zu folgen.

3. Auftragsvergaben

3.1. Feuerwehrgerätehaus Sickerhausen, Fassadenarbeiten; hier: Auftragsvergabe nach VOB - Maler & Verputzerarbeiten, Firma Gessner, Nüdlingen

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachverhalt und bittet um Abstimmung.

Stadtrat Schmidt stellt den Antrag, die Abstimmung über die Vergabe der Maler- und Verputzerarbeiten so lange zurückzustellen, bis die Verwaltung eine Berechnung (Kosten und Wirtschaftlichkeit) hinsichtlich der Wärmedämmung durchgeführt habe.

Seiner Auffassung nach sollte die Chance einer möglichen Einsparung auch genutzt werden.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf die Zuschlagsfrist bis Ende Oktober, die in Absprache mit dem wenigstnehmenden Bieter verlängert wurde und er könne nicht zusagen, dass er diese Berechnung innerhalb der Frist erstellen könne. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass bei einer Vertagung die Arbeiten nicht mehr im Jahr 2012 erledigt werden können.

Auf die Frage der Rechtsfolge, wenn die Zuschlagsfrist verstreiche, erklärt Stadtkämmerer Weber, dass dann die Firma den entgangenen Gewinn geltend machen könne.

Die Stadträte diskutieren im Folgenden kurz über den Antrag von Stadtrat Schmidt, worauf Oberbürgermeister Müller bittet abzustimmen. Die Verwaltung werde versuchen, die Berechnung bis 18.10.2012 vorzulegen, was jedoch dann nur als Tischvorlage erfolgen könne.

beschlossen dafür 7 dagegen 4

Es besteht Einverständnis, die Vergabe der Maler- und Verputzerarbeiten solange zurückzustellen, bis die Verwaltung eine Berechnung (Kosten und Wirtschaftlichkeit) hinsichtlich der Wärmedämmung durchgeführt hat.

4. Budgetübertrag

4.1. Budgetabrechnung 2011; Budget Städt. Waldbesitz - UA 8551

beschlossen dafür 12 dagegen 0

Die Abrechnung des Budgets "Städtischer Waldbesitz" – UA 8551 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 34.763,57 € ab.

Auf den positiven Übertrag in Höhe von 24.335,00 € (70 % des Überschusses) auf das Haushaltsjahr 2012 wird verzichtet.

4.2. Budgetabrechnung 2011; Budget Wohn- und Geschäftsgrundstücke - UA 8801

beschlossen dafür 12 dagegen 0

Die Abrechnung des Budgets „Wohn- und Geschäftsgrundstücke“ - UA 8801 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 38.616,97 € ab.

Auf den positiven Übertrag in Höhe von 27.032,00 € (70 % des Überschusses) auf das Haushaltsjahr 2012 wird verzichtet.

**4.3. Budgetabrechnung 2011;
Budget Sonstiges Allgemeines Grundvermögen - UA 8891**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets "Sonstiges Allgemeines Grundvermögen" - UA 8891 - für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem zusätzlich erwirtschafteten Überschuss in Höhe von 10.133,83 € ab.

Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 7.094,00 €, auf das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.4. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Budget "Schulischer Sachaufwand" - UA 2431 -**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets „Schulischer Sachaufwand“ – UA 2431 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 16.023,51 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 11.216,00 €, in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.5. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Gesamtbudget "Schulen Betriebskosten" - UA 2111, 2112, 2121, 2122, 2431 -**

Stadtrat Heisel möchte wissen, wann der Neubau der Mensa bei der Grundschule beginne.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass gegenwärtig lediglich die energetische Sanierung sowie die Brandschutzarbeiten erfolgen und im Anschluss mit dem Neubau der Mensa begonnen werde. Den genauen Zeitpunkt sagt er zu, nachzureichen.

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Gesamtbudgets „Schulen Betriebskosten“ – UA 2111, 2112, 2121, 2122, 2431 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 22.827,83 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d. h. in Höhe von 15.979,00 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

5. Antrag der Stadtheimspflege auf laufenden Zuschuss für die "Kitzinger Serenade"

beschlossen dafür 12 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen bezuschusst die alle zwei Jahre stattfindende „Serenade“ der Stadtheimspflege mit jeweils 800 €.

6. Kommunales Unternehmensrecht - Beteiligungsbericht 2010

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und erkundigt sich nach Fragen.

Bürgermeister Christof kritisiert, dass die Verwaltung lediglich die Liste vorlege und eine Einbeziehung der Stadträte unter dem Jahr nicht erfolge. Er möchte wissen, wie eine zukünftige Beteiligung aussehen könne.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass das Beteiligungsmanagement der Stadt Kitzingen verbesserungswürdig sei und gibt zu bedenken, dass eine umfassende Darstellung personalintensiv sei.

Bürgermeister Christof fragt nach der rechtlichen Verpflichtung, die die Stadt hinsichtlich der Beteiligung habe, worauf Stadtkämmerer Weber darstellt, dass es sich beim vorliegenden Beteiligungsbericht um die rechtliche Mindestverpflichtung handle.

Auf die Frage, wann die abschließenden Informationen hinsichtlich Natur in Kitzingen

(z. B. Übernahme/Ablöse Einrichtung) gegeben werden, stellt Oberbürgermeister Müller dar, dass ein Bericht für die Sitzung am 18.10.2012 vorgesehen sei. Es handle sich jedoch nicht um einen abschließenden Bericht, da weiterhin Schlussrechnungen fehlen würden.

Stadträtin Wallrapp bittet um Mitteilung, von welchen Institutionen noch Zuschüsse und in welcher Höhe einzugehen haben.

Stadtkämmerer Weber sagt dies zu.

Ohne Abstimmung

Von dem nach Art. 94 Abs. 3 GO jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht über die Beteiligungen der Stadt Kitzingen an Unternehmen in Privatrechtsform für das Jahr 2010 wird Kenntnis genommen.

7. Sanierung der `Alten Mainbrücke`

Bauamtsleiter Graumann geht auf den Sachverhalt ein und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Richter möchte hinsichtlich der Büros wissen, ob eine Gruppe zusammengestellt werden solle oder ob dies auch Einzelbüros sein könnten.

Darüber hinaus äußert sie sich kritisch hinsichtlich des Lichtplaners und verweist auf frühere Versuche, bei Maßnahmen einen Lichtplaner einzubinden, was vom Stadtrat nicht gewollt wurde.

Bauamtsleiter Graumann favorisiere eine Gruppe, die sich um die Konzepterstellung kümmere und es nicht zwingend aus einem Büro bestehen müsse. Mit Blick auf die Bedeutung als Wahrzeichen erachte er eine entsprechendes in Szene setzen der Brücke durch Beleuchtung für sehr sinnvoll.

Stadtrat Schmidt stellt fest, dass die Brücke in der Zwischenzeit nicht mehr derart beansprucht werde und möchte wissen, welcher Maßstab der Belastung bei der Sanierung zu Grund gelegt werde.

Bauamtsleiter Graumann stimmt hinsichtlich der Belastung zu und erklärt, dass die Brücke bereits jetzt erhebliche Schäden habe, die behoben werden müsste. Den Maßstab der Sanierung erwarte man sich auch anhand des Sanierungskonzeptes.

Auf die Frage von Stadtrat Schmidt, ob auch der Anprallschutz entsprechend berücksichtigt werde, bejaht dies Oberbürgermeister Müller.
Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass die beschlossene Pfeilerlösung die wirtschaftlichste sei, jedoch aus städtebaulicher Sicht eine „Brücke in der Brücke“ am sinnvollsten gewesen wäre.

Stadträtin Dr. Endres Paul bittet die Firmen, die zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden sollen, vorab dem Gremium mitzuteilen, da die Stadt bei Brückenplanungen bereits schlechte Erfahrungen gemacht habe.
Bauamtsleiter Graumann sagt dies zu.

Stadtrat Heisel verweist auf Grundlagen eines Büros aus dem Jahr 2003, die man bei der gegenwärtigen Konzepterstellung mit zur Verfügung stellen sollte.
Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Stadträtin Schmidt gibt zu bedenken, in welchem Umfang eine Sanierung erfolgen soll und verweist in diesem Zusammenhang auf die haushaltsrechtliche Situation. Ihr gefalle die Brücke, wie sie sich derzeit präsentiere. Auch ein Lichtkonzept halte sie für überflüssig.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Brücke unter Denkmalschutz stehe und bei der Sanierung das Landesamt für Denkmalpflege einbezogen werde. Ggf. sind Zuschüsse aus Denkmalmitteln zu erwarten.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass eine Förderung nach Art. 13 c FAG wegfallen, da die Brücke nicht mehr für den Verkehr genutzt werde. Eine Förderung könne nur nach Stadtumbau West (nur für die Gehwege) erfolgen.

beschlossen dafür 10 dagegen 2

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Sanierung der 'Alten Mainbrücke' ein Sanierungskonzept zu erarbeiten welches die Leistungsphasen 1 und 2 Grundlagenermittlung und Vorentwurfsplanung umfasst.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das Sanierungskonzept drei Angebote von Planungsteams einzuholen, welche sich aus einem Brückenbauingenieur, Architekten und einem Lichtplaner zusammensetzen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat nach Auswertung der Angebote einen Vergabevorschlag zu unterbreiten.

Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass er nur aufgrund einer möglichen übertriebenen Sanierung (u. a. Lichtkonzept) gegen den Beschluss gestimmt habe. Im Grunde spreche er sich für die Sanierung aus.

8. Sonstiges

8.1. Anfrage von Bürgermeister Christof Ablauf Haushaltsberatungen

Bürgermeister Christof bittet nochmals um Klarstellung gegenüber den Mitgliedern des Stadtrates, wie die Haushaltsberatungen ablaufen sollen. Er stellt fest, dass die Mail von Stadtkämmerer Weber nicht zur Aufklärung beigetragen habe.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass er bis zur Stadtratssitzung am 18.10.2012 die Unterlagen zum Haushalt vorlegen werde und erklärt, dass der Stadtrat den Haushalt beschließe und die entsprechende Mittel einstelle. Gleichwohl werde auch er entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass die Punkte, die auf der Prioritätsliste stehen, beschlossen werden sollen. Maßnahmen, die über die finanzielle Leistungsfähigkeit hinausgehen, bedürfen einer Verschiebung bzw. Streichen von bestehenden Maßnahmen.

8.2. Anfrage von Bürgermeister Christof Antrag Bürgerzentrum

Bürgermeister Christof verweist auf ein Schreiben des Bürgerzentrums, die um eine Entscheidung des Stadtrates gebeten haben, in welchen Umfang Gruppen die Räumlichkeiten des Bürgerzentrums benutzen dürfen. Er bemängelt, dass noch keine Sitzungsvorlage vorgelegt wurde und dem Bürgerzentrum noch keine Zwischeninfo gegeben wurde.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass in der Sitzung des Finanzausschusses am 25.10.2012 die Entscheidung getroffen werden soll und dies den Verantwortlichen des Bürgerzentrums per Mail mitgeteilt wurde.

8.3. Anfrage von Bürgermeister Christof Behandlung von Anträgen

Bürgermeister Christof verweist auf Anträge, die nicht fristgerecht bzw. nicht behandelt wurden und äußert seinen Unmut, dass trotz Hausanordnung die Verwaltung die Anträge nicht gemäß Geschäftsordnung behandeln könne.

Es handelt sich um folgende Anträge:

- Deuster-Areal
- Gerichtsverfahren Steinmüller
- Marshall Heights
- Sickerpark
- Marshall Heights – Sondersitzung
- Wohnraumanalyse.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass

- der Antrag hinsichtlich des Deuster-Areals in der Sitzung des Stadtrates am 15.12.2011 behandelt wurde und bis April ein Bericht gegeben werden sollte. Aufgrund der differenzierten Anträge zum Haushalt hinsichtlich des Deustergeländes (u. a. Deusterhalle) konnte der Bericht noch nicht gegeben werden.
- der Antrag in Sachen Steinmüller durch die Sachstandsinformation von Oberrechtsrätin Schmöger in der Sitzung des Stadtrates am 26.07.2012 erledigt sein müsste,

- die Anträge in Sachen „Marshall Heights“ bzw. „Sickerpark“ in der Sondersitzung zum Haushalt hinsichtlich der Priorisierung behandelt wurden,
- der Antrag zu Marshall Heights – Sondersitzung in der Sitzung des Stadtrates am 18.10.2012 behandelt werde und
- der Antrag zur Wohnraumanalyse zunächst in der Sitzung der BauGmbH behandelt werde und anschließend eine Behandlung im Stadtrat erfolge.

Bürgermeister Christof ärgert sich, dass die Frist gleichwohl nicht eingehalten wurde und der Stadtrat zumindest über Verschiebungen informiert werden könnte.

8.4. Anfrage von Stadträtin Richter Stadtbus; Haltestelle Innopark

Stadträtin Richter verweist auf ein Schreiben hinsichtlich der Errichtung eines Stadtbusses mit Haltestelle am Innopark, nachdem der Bedarf zum Anschluss an den ÖPNV offenbar gegeben sei.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies mit dem zuständigen Mitarbeiter im Landratsamt, Herrn Rauh, zu klären.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass das Thema Städtebau auch im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan gesehen werden müsse.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:00 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt